

Auf dem Weg zu praktischen Lösungen - Integrierte Stadtentwicklungskonzepte: Stadt Zwickau

Dietmar Vettermann
Bürgermeister, Dezernat Bauen und Wohnen, Stadt Zwickau

Das integrierte Stadtentwicklungskonzept, so wie vom Innenministerium gewünscht, wird von uns mitgetragen, weil wir es brauchen. Es befindet sich faktisch in der Phase der Bürgerbeteiligung. Wir sind im Rahmen der Einwohnerversammlungen dabei, dieses integrierte Stadtentwicklungskonzept und dessen Anliegen zu erläutern. Das geht in der Theorie leichter als in der Praxis: Man muß die Bürgerinnen und die Bürger immer wieder an die Hand nehmen und ihnen helfen, über den Tellerrand hinaus zu schauen.

Dabei wird klar, daß die Stadt Zwickau nicht als Mittelpunkt der Welt anzusehen, sondern in ein Gefüge eingebunden ist.

Es ist wichtig, die Menschen in Zwickau zu halten. Wir sind eingebunden in ein Ostdeutschland-, vielleicht Deutschland-weites Problem, was nur gemeinsam gelöst werden kann. Und es ist faszinierend, zum Teil aber auch verwunderlich, daß man dabei manchmal die Bürger eher an der Seite hat als den eigenen Stadtrat. Das bedeutet, daß wir faktisch bei den vielen Facetten dieses Problems feststellen können, daß vor Ort - insbesondere in den Stadtteilen mit den Plattenbaugebieten -, das Problem manchmal viel besser verstanden wird als von manchem Stadtrat, der in seinem Wahlkreis von der Problematik nicht direkt betroffen ist.

In Zwickau ist interessant, daß ein Innenstadtkernbereich besteht, der leider zum Teil in den 80er Jahren seine historische Struktur vom großen Stadtbrand im Jahr 1604 verloren hat. Er wurde durch Plattenbauten in der Innenstadt ergänzt und ersetzt. Eine tragische Entscheidung. Wenn man sie positiv betrachtet, und das wird man ja wohl heute tun müssen, muß man aber sagen, der Wert des Wohnens in dieser geballten Form in der Innenstadt ist auch vorteilhaft, denn dort sind Leerstände kein Problem. Der Wert des Wohnens in der City einer größeren Stadt wird zunehmend erkannt. Die Bestände sind saniert und die Auslastung wird entsprechend auch gelingen.

Problematischer ist es in der Satellitenstadt Eckersbach, die kurz vor Ende der DDR mit 35.000 Einwohnern bewohnt war und nun mittlerweile über 15.000 Einwohner weniger hat. Ebenso in Neuplanitz: auch diese Plattenbau-Satellitenstadt wird zunehmend vom Leerstand gekennzeichnet, wenn auch nicht in dieser Aggressivität und in der hohen Anzahl wie in Eckersbach.

Und anhand dieser beiden Pole versuchen wir jetzt, die Bürgerinnen und Bürger zu sensibilisieren: Wir haben in der Tat ein großes Problem, welches nur gesamtstädtisch gelöst werden kann.

Das Plattenbaugebiet Eckersbach wurde als Sanierungsgebiet ausgewiesen. Das erntete viel Kritik. Der Vorteil davon ist aber auf alle Fälle, daß wir einen Sanierungsträger, die WGS, haben. Und dieser Sanierungsträger hat einen Teil der Aufgaben gelöst, die wir alleine nicht hätte lösen können. Nämlich schon in der Bündelung der einzelnen Interessenlagen der Wohnungsunternehmen, Wohnungsgenossenschaften, zumindest auf diesen Stadtteil bezogen. Und damit hat es uns die Arbeit etwas erleichtert, weil ein Stadtteilmanagement aufgebaut werden konnte, ebenso ein Stadtteilbüro als Ansprechpartner für Bürger vor Ort.

Wir haben damit die Chancen nutzen können, auf einem einheitlichen Weg Gebäudesubstanzen auch einheitlich in Frage zu stellen, so daß Unternehmensinteressen mit städtebaulichen Interessen gebündelt wurden. Damit haben wir letzten Endes eine Chance, im Gleichklang der Interessenlagen in Richtung Zukunft zu marschieren. Es ist ein Vorteil, daß man in einer Stadt weiß, was man will. Und für mich ist im Stadtrat wiederum dann durchaus die Chance gegeben, auch zu Beschlüssen zu kommen, wenn die Einigkeit mit den entsprechenden Unternehmen und dem Sanierungsträger hergestellt ist.

Die ausführliche Erarbeitung eines Leitbildes zahlt sich jetzt für das Thema (ISEK) aus. Nach Einwohnerversammlungen und der Bildung von Arbeitsgemeinschaften haben wir in den vergangenen Jahren ein Leitbild, das der Stadtrat abgesegnet hat. Und darauf fußen wir jetzt. Innerhalb der Verwaltung haben wir im Rahmen der lokalen Agenda 21 und des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes die Kapazitäten bereitstellen können und daraus schlußfolgernd Arbeitskreise gebildet. Die Stadt wurde in Strukturen eingeteilt, die bisher in dieser Art und Weise nicht vorlagen.

Ebenso wurden Arbeitskreise eingerichtet, in denen neben den offiziellen Instituten Bürger angesprochen wurden. Die Resonanz bei den Bürgern war sehr erfreulich.

Die Beispiele von anderen Städten wie Halle und Leipzig sind ein landesweiter und bundesweiter Trend, der natürlich auch in Zwickau gilt: Rückgang der Bevölkerung, explosiver Leerstand. Deshalb müssen jetzt Signale gesetzt werden, indem erste Blöcke in Frage gestellt und abgerissen werden. Auf diese Signale wird in Zwickau, nicht nur in Eckersbach, gewartet. Noch dazu, da wir einen Vorlauf haben, der vor drei Jahren eben ganz anders aussah. Gemeinsam mit dem Innenministerium und dem Regierungspräsidium wurde ein städtebaulicher Rahmenwettbewerb ausgelobt. Nun hat sich die Aufgabenstellung allerdings innerhalb von Monaten überholt. Denn sie hieß damals behutsamer Rückbau.

Jetzt wird ein Großteil von Eckersbach blockweise in Frage gestellt. Ein ganz neuer Ansatz, den wir jedoch dem Bürger nicht mehr zu erläutern brauchen. Er sieht das mittlerweile faktisch als selbstverständlich. Selbstverständlich zumindest bis zu dem Punkt, wo er merkt, sein eigener Block ist ja auch betroffen. Dann wird es spannend, was man da erleben kann.

Resümee: Ich gehe davon aus, daß wir gemeinsam in Zwickau und in Sachsen mehr tun müssen, als in Richtung Stilllegung zu denken. Man muß sich überlegen, wir würden in Eckersbach ein Großteil der Plattenbauten stilllegen. Wir haben Teile von Eckersbach, dort ist ohne einen organisierten Wachdienst durch uns nicht mehr zu bestimmten Tages- und Nachtzeiten durchzulaufen, ohne daß man Gefahr für seinen Leib und Leben fürchten muß. Denn nur mit Stilllegung erhält man Sicherheitsprobleme.

Zweitens: Wir spüren, daß bei der Auswahl der Gebiete, die man in Frage stellt, die Versorgungsunternehmen maßgeblich diese Thematik nicht nur offensiv, sondern teilweise auch blockierend begleiten. Wohnungsunternehmen sagen, wer in den Bestand eingreift, der möge auch bezahlen. Und damit kommen wir eigentlich zu des Pudels Kern. Ich denke, wir sind alle gefordert, dieses Thema weiter anzugehen.